

Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 21 / 201

Rechtsbuch-Nummer:

Departement: DIV

Bericht der GFK-Subkommission DIV zur Geschäftsprüfung 2017

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV

Präsident: Senn Norbert, Romanshorn

Mitglieder: Ackerknecht Wolfgang, Frauenfeld
Feuerle Dieter, Arbon
Gantenbein Hanspeter, Wuppenau

Geschäftsbericht 2017 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2017

Allgemeines zum Departement

Das Rechnungsergebnis 2017 fällt leicht besser als budgetiert aus und schliesst mit einem Defizit von rund 72 Mio. Franken ab. Gegenüber 2016 ist dies eine Zunahme des Verlustes um gut 2 Mio. Franken, die vor allem auch auf eine markante Steigerung der Ausgaben im Amt für Informatik zurückzuführen ist.

Die Investitionsrechnung schliesst beim Aufwandüberschuss unter Budget 2017 und unter Rechnung 2016 ab. Die grössten Abweichungen sind beim Bereich Öffentlicher Verkehr (Fr. -658'673) und dem Amt für Informatik (Fr. -2'741'512) auszumachen.

Die Thematik der Tierhaltung im Fall Hefenhofen mit der entsprechenden medialen Resonanz war und ist für den Regierungsrat und das Veterinäramt eine äusserst herausfordernde Situation. Im Rahmen der Besprechung des Geschäftsberichts 2017 durch die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission wurde das Thema bewusst nur gestreift, um die Arbeiten der eingesetzten Untersuchungskommission nicht zu beeinträchtigen.

Wie schnell es gehen kann, zeigte sich beim Versuchsbetrieb von Agroscope in Tänikon. Der Kanton Thurgau wiegte sich 2017 in Sicherheit bezüglich Standorterhalt, er hoffte gar auf eine Stärkung und einen moderaten Ausbau der Tätigkeitsfelder. Nur wenig später sickerten die Konzentrationspläne von Bundesrat Schneider-Ammann für den Standort Posieux (FR) durch, was eine beispielhafte Solidaritätsaktion in der ganzen Ostschweiz auslöste. Die Diskussionen und der Einsatz an den verschiedenen Fronten in Bern haben sich gelohnt. Der Bundesrat muss nach den Entscheiden im National- und Ständerat einen Marschhalt einlegen und wird gut daran tun, seine Planungen – sollen sie denn erfolgsversprechend sein – mit der fixen Einplanung des Standortes Tänikon fortzusetzen.

Der Auftritt des Kantons Thurgau an der OLMA unter dem Motto «De Leu isch los!» soll auch an dieser Stelle nochmals gewürdigt und den vielen Mithelferinnen und Mithelfern

und den Verantwortlichen verdankt werden. Der Kanton konnte sich von seiner besten Seite präsentieren!

Ämterbesuche der Subkommission DIV 2018

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Informatik
- Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)
- Staatsarchiv
- Veterinäramt

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

3010-3015 Generalsekretariat

Der Energiefonds führte bei den Beratungen in der GFK erneut zu Diskussionen. Mit der vorgesehenen Einlage von 2 Mio. Franken aus dem Rechnungsergebnis könnte er auf mehr als 22 Mio. Franken anwachsen. §6a Abs. 3 des Energienutzungsgesetzes (ENG, RB 731.1) hält dazu aber fest, dass der Fondsbestand nach oben nicht limitiert sei. Vielmehr müsse der Staatsbeitrag so festgesetzt werden, dass «für das Budgetjahr inklusive Fondsbestand eine kantonale Fördersumme von 12 Mio. bis 22 Mio. Franken zur Verfügung steht.»

3110 Staatsarchiv

Die Subkommission interessierte, wie der Regierungsrat Einfluss auf die Prozesse der Archivierung nimmt (Effizienz, Prioritäten, Umfang). Seit 1995 muss das Staatsarchiv dem zuständigen Regierungsrat differenzierte Jahreszielsetzungen zur Genehmigung vorlegen. Darin werden sämtliche Projekte für alle Mitarbeitenden aufgelistet, welche zu erledigen sind. Dies schafft auch die notwendige Transparenz bezüglich Arbeitsumfang und -erledigung.

Der Ausbau des Dachbodens im Staatsarchiv wurde vollzogen. Die neuen Arbeitsplätze wurden zweckmässig eingerichtet und werden helfen, die Pendenzen bei der Archivierung zu verringern. Die Elektronische Langzeitarchivierung in der Verwaltung schreitet zügig voran.

3210 Amt für Informatik

Die Neustrukturierung der Organisation des AFI ist auf konzeptioneller Ebene abgeschlossen. Bei den Schnittstellen unter den Abteilungen und Teams müssen diese Neuerungen noch in der Praxis umgesetzt und gelebt werden, um Reibungen aufgrund

unscharfer Arbeitsaufteilungen oder fehlender Prozesse zu vermeiden. Diese Themen sind strukturiert und teilweise unter Einbezug externer Unterstützung angegangen worden. Die konkrete Umsetzung muss nun Aufschluss darüber geben, wie nachhaltig und erfolgsversprechend die eingeleiteten Schritte und Massnahmen sind.

3310 Amt für Geoinformation

Für alle Gebiete, bei denen die „Amtliche Vermessung 93“ möglich war, liegen die Ergebnisse vor. Die Subkommission begrüsst, dass für das Gebiet Tägermoos nicht weiter der ausstehende Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz abgewartet und die Thematik vom Regierungsrat aktiv angegangen wird.

3530-3545 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Bestehende Mitgliedschaften und Kooperationen wurden im Hinblick auf deren Wirkung überprüft. Die Analyse wurde dem Regierungsrat zusammen mit Handlungsempfehlungen vorgestellt. Das AWA ist nun daran, einige Mitgliedschaften und Kooperationen, deren Kosten-/Nutzenverhältnis als unbefriedigend eingestuft wurden, zu beenden. Wo nötig, wird das AWA aber auch künftig neue Kooperationen prüfen und eingehen.

Ein Ziel des AWA wird es sein, für den Kanton eine längerfristige Wirtschaftsstrategie zu entwickeln, um auch in diesem Bereich die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung zu legen.

Die Ansiedlungszahlen aus dem Ausland waren im vergangenen Jahr sehr tief (drei Firmen mit insgesamt 10 bis 15 Arbeitsplätzen), liegen allerdings im schweizerischen Trend. Verschiedene Umstände haben zu diesem Rückgang geführt (u.a. Wechselkursentwicklung, Rechtsunsicherheiten, Personenfreizügigkeitsabkommen, Unternehmenssteuerreform). Die Standortpromotion soll deshalb im Rahmen der Aktivitäten von St.GallenBodenseeArea (SGBA) gemeinsam mit den Kantonen St.Gallen und Appenzell Ausser- und Innerrhoden verstärkt werden.

Hinweise oder Feststellungen zu möglicher Schwarzarbeit, welche ausserkantonale Arbeitsorte oder Betriebe respektive überregional tätige Unternehmen betreffen, werden im Rahmen der Drehscheibenfunktion zwischen den kantonalen Kontrollorganen ausgetauscht. Für Abklärungen bei ausländerrechtlichen Fragen steht das nationale Zentrale Migrationssystem (ZEMIS) zur Verfügung.

3610-3910 Landwirtschaftsamt

Auf Stufe Landwirtschaftsamt/BBZ Arenenberg sind weitere Zusammenarbeitsprojekte zu Themen geplant, welche für die Ostschweizer Landwirtschaft wichtig sind. Die Bearbeitung der Projekte könnte durch Agroscope in Tänikon erfolgen, da dort die Infrastruktur für die Versuche bereits in bester Qualität vorhanden sind (Melktechnikzentrum,

Emissionsversuchsstall sowie ein für die Digitalisierung voll ausgerüsteter Fuhrpark der Swiss Future Farm).

In den letzten Jahren waren nur kleinere Entnahmen aus dem Pflanzenschutzfonds nötig, da die Anzahl der Schadenfälle (beispielsweise durch Feuerbrand) überschaubar war. Gemäss Gesetz soll der Pflanzenschutzfonds einen Bestand von 5 Mio. bis 9 Mio. Franken aufweisen. Der aktuelle Stand am Ende des Rechnungsjahres lag bei fast 14 Mio. Franken. Der Regierungsrat plant deshalb, mit dem Budget 2019 die Beiträge zu reduzieren.

3640-3710 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

Digitalisierung, Ressourcenschutz und Steigerung der Wertschöpfung sind für viele Bauernbetriebe stärker in den Fokus gerückt. Die Angebote des BBZ Arenenberg richten sich an die Lernenden in Ausbildung, erfahrene Landwirte in der Weiterbildung und Teilnehmende bei Beratungsanlässen. Wie in anderen Bereichen auch weiss niemand genau, welchen Herausforderungen sich die Landwirtschaft in Zukunft stellen muss und wohin sie sich längerfristig entwickeln wird. Digitalisierung und traditionelle Weiterentwicklung werden Spannungsfelder bleiben.

Erfreulich entwickelten sich die Zahlen der Seminare und Tagungen mit einer markanten Zunahme der Gäste- und Besucherzahlen und einer Umsatzsteigerung von Fr. 259'908 oder 12 Prozent.

3930-3940 Veterinäramt

Die Komplexität der Fälle und der rechtlichen Beurteilung haben im Veterinäramt nicht erst mit dem Fall Hefenhofen zugenommen. Das Veterinäramt steht oft zwischen den Fronten diametral entgegenstehender Begehrlichkeiten. Der dringende Bedarf nach einer juristischen Fachperson ist offensichtlich, sind doch mehrere rechtliche Verfahren in unterschiedlichen Stufen bei Gerichten hängig. Temporär musste bereits jetzt ein Jurist aus einem anderen Departement beigezogen werden. Diesem Umstand soll mit dem Budget 2019 Rechnung getragen und eine juristische Teilzeitstelle beantragt werden.

Romanshorn, 13. Juni 2018

Der Subkommissionspräsident
Senn Norbert, Romanshorn